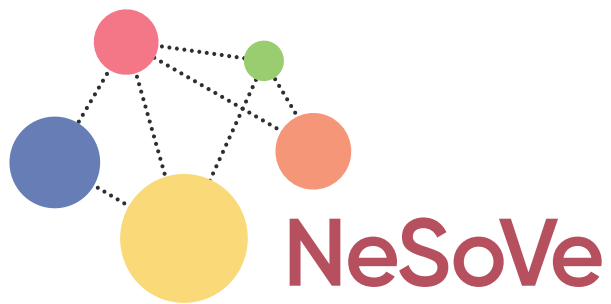
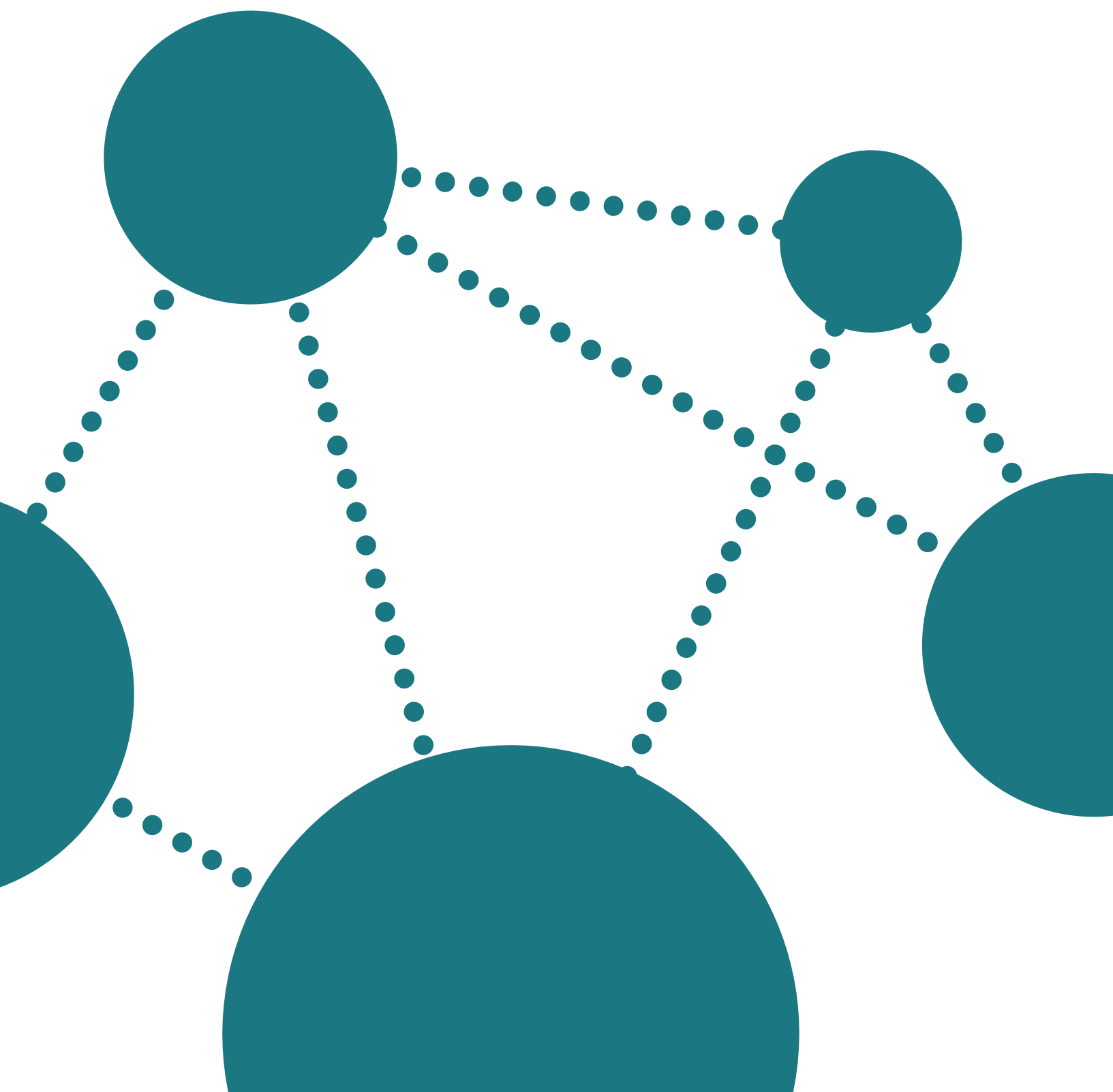




NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

JAHRESBERICHT 2021



Netzwerk Soziale Verantwortung
Jahresbericht 2021

Redaktion

Tina Rosenberger

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger

Netzwerk Soziale Verantwortung
c/o KSÖ
Schottenring 35/DG
1010 Wien

Tel: 0660/88 35 409

office@sozialeverantwortung.at

ZVR-Nummer: 069638267

Bankverbindung:

IBAN: AT45 1400 0171 1002 6943

BIC: BAWAATWW



Diese Veröffentlichung wird aus Mitteln
der Arbeiterkammer Steiermark gefördert und
mit Unterstützung der PRO-GE vervielfältigt.

Vorwort

von Tina Rosenberger, Geschäftsführerin

Das Jahr 2021 wurde von der UNO zum „Jahr zur Beendigung von Kinderarbeit“ erklärt. Doch die Zahlen, die 2021 von der ILO und der UNICEF veröffentlicht wurden, zeigten, dass Kinderarbeit erstmals seit 20 Jahren wieder ansteigt. Die Covid-19-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen verdeutlichten schlagartig nicht nur die Bedeutung von globalen Lieferketten, sondern führten auch zum Anstieg von Kinderarbeit. Weltweit müssen über 70 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen entlang von globalen Lieferketten arbeiten. Auch für unsere Schokolade müssen noch immer rund 1,5 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen auf westafrikanischen Kakaoplantagen schuften. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen endlich ein effektives Lieferkettengesetz! Deswegen haben wir auch im Jahr 2021 die Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ fortgeführt. Die Kampagne fordert ein Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie Unterstützung für das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Auf UNO-Ebene wird bereits seit 2015 über das sogenannte UN-Treaty verhandelt. Das UN-Abkommen wäre ein historischer Meilenstein, um die Straflosigkeit von Konzernen zu beenden!



Während das EU-Lieferkettengesetz mehrmals verschoben wurde, wurde in Deutschland 2021 ein Lieferkettengesetz beschlossen, welches 2023 in Kraft treten wird. Das deutsche Lieferkettengesetz wird jedoch nur große Unternehmen betreffen: ab 2023 werden Unternehmen mit 3.000 Mitarbeiter:innen betroffen sein und ab 2024 Unternehmen mit 1.000 Mitarbeiter:innen. Im deutschen Lieferkettengesetz fehlt darüber hinaus eine zivilrechtliche Haftung. Nur mittels einer zivilrechtlichen Haftung kann gewährt werden, dass Betroffene auch entschädigt werden. Reine Strafzahlungen gehen an den Staat und stellen keine Abhilfe für Betroffene dar. Ein Lieferkettengesetz muss dazu beitragen, dass Menschenrechte und die Umwelt effektiv geschützt werden!

Das nigerianische Tochterunternehmen von Shell wurde im Jänner 2021 von einem niederländischen Gericht dazu verurteilt, Bauern für eine Ölkatastrophe zu entschädigen. Der Prozess erstreckte sich über 13 Jahre. Damit Menschen nicht 13 Jahre auf Gerechtigkeit warten müssen, braucht es ein Lieferkettengesetz mit einer zivilrechtlichen Haftung! Politische Entscheidungsträger:innen müssen sich auf allen Ebenen für verbindliche Regeln einsetzen, die Menschenrechte, die Umwelt und das Klima schützen! Gemeinsam mit zahlreichen NGOs und Gewerkschaften werden wir auch im nächsten Jahr auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dafür eintreten, dass Menschenrechte und die Umwelt vor Profitinteressen gestellt werden! Menschenrechte brauchen Gesetze!

Tina Rosenberger

Selbstverständnis des NeSoVe

Der Verein fordert die Durchsetzung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien als Grundprinzipien des Handelns von Unternehmen.

Ziel des Vereins ist es, für alle Unternehmen verpflichtende gesetzliche Regeln auf nationaler, EU- und internationaler Ebene auf hohem Niveau zu bewirken. Regulative Maßnahmen können – wo sinnvoll – durch freiwillig eingegangene Verpflichtungen (CSR-Maßnahmen) ergänzt werden, sofern anspruchsvolle und verifizierbare bzw. kontrollierbare Regeln festgelegt werden.

Dabei ist der Verein der Überzeugung, dass die Festlegung gesellschaftlich wünschenswerter Handlungsweisen von Organisationen und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung sowohl auf freiwilliger als auch auf allgemein verbindlicher Ebene eine öffentliche Aufgabe ist, die demokratisch legitimierte Institutionen obliegt. Eine Übertragung und damit Privatisierung dieser Aufgabe auf Unternehmenskreise und von diesen kontrollierten Stakeholder-Dialogen ist daher abzulehnen.

Durch den Zusammenschluss gibt der Verein den von Unternehmenspolitik betroffenen Stakeholdern (Arbeitnehmer:innen, Verbraucher:innen und NGOs) ein stärkeres Gewicht und verbessert damit die Bedingungen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Verantwortlichkeit als Prinzip des wirtschaftlichen Handelns. Der Verein lobbyiert in diesem Sinne auf nationaler und europäischer Ebene, unterstützt den Zusammenschluss nationaler Netzwerke für Corporate Accountability (im Sinne von verbindlicher Unternehmensverantwortung), kontrolliert unternehmerisches Handeln und Verstöße gegen soziale, gesellschaftliche, arbeitsrechtliche, ökologische und menschenrechtliche Standards, sowie den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit sogenannter CSR-Maßnahmen. Darüber hinaus sensibilisiert der Verein die Öffentlichkeit zu Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Politik und Wirtschaft.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der BAO.



Verein

Geschäftsführerin

- Tina Rosenberger

Mitarbeiterin

- Sarah Bruckner (Projektmitarbeiterin seit 1.9.2021)

Vorstand

- Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind), Vorstandsvorsitzender
- Anna Mago (Fairtrade)
- Andrew Lindley (Betriebsrat, Austrian Institute of Technology, AIT), Finanzreferent
- Lisa Schrammel (FIAN), Schriftführerin
- Barbara Steiner (transform.at)
- Raphael Haag (AUGE/UG)
- Herbert Wasserbauer (Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar)
- Elisabeth Beer (kooptiert)

Rechnungsprüfer:innen

- Heidemarie Ambrosch (transform.at)
- Nikolaus Ludwiczek (Südwind)

Generalversammlung

Die Mitgliederversammlung fand am 9. Dezember 2021 in den Räumlichkeiten der ksoe statt. Der Vorstand wurde statutengemäß entlastet. Raphael Haag (AUGE/UG), Anna Mago (Fairtrade), Lisa Schrammel (FIAN) und Barbara Steiner (transform.at) wurden neu in den Vorstand gewählt. Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind) und Andrew Lindley (AIT) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Jahresabschluss 2021

Einnahmen in Euro		Ausgaben in Euro	
Mitgliedsbeiträge	5.430,00	Personalkosten	43.483,16
Förderungen	40.165,00	Infrastruktur	1.751,09
Sonstige Einnahmen	3.584,20	Honorare, Dienstleistungen Dritter	14.002,71
Habenzinsen	0,13	Sonstiges & Bankspesen	520,01
Einnahmen gesamt	49.179,33	Ausgaben gesamt	59.756,97
Verbrauch Rücklage (Vorjahr)	12.375,00		
Jahresüberschuss: 1.797,36 €			
Vermögen per 31.12.2021: 25.521,97 €			

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder

Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs, Arbeitnehmer:innenvertretungen) können ordentliche Mitglieder werden, d.h. sie haben Stimmrecht und ihre Vertretungen können in den Vorstand gewählt werden. 2021 zählt der Verein 21 ordentliche Mitglieder:

➤ ARGE Weltläden



➤ Attac



➤ Alternative und Grüne Gewerkschafter:innen/UG (AUGE/UG)



➤ Betriebsrat des Austrian Institute of Technology (AIT)



➤ Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA)



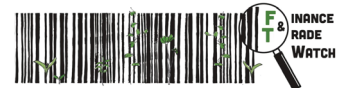
➤ FAIRTRADE Österreich



➤ FIAN



➤ Finance & Trade Watch



➤ Globale Verantwortung (AG für Entwicklung und Humanitäre Hilfe)



➤ HORIZONT 3000



➤ Katholische Jugend Österreichs (kjoe)

➤ Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe)



katholische jugend
österreich

➤ Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM)



Ludwig Boltzmann Institut
Menschenrechte

➤ ÖBV - Via Campesina



➤ Österreichische Liga für Menschenrechte



➤ Produktionsgewerkschaft (PRO-GE)



Österreichische Liga
für Menschenrechte

➤ Südwind



➤ The World of NGOs

➤ transform!at



➤ Volkshilfe Wien



➤ ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit



Außerordentliche Mitglieder

Andere Institutionen sowie interessierte Einzelpersonen können außerordentliches Mitglied werden. Derzeit hat der Verein 5 außerordentliche Mitglieder.

Mitgliedschaften & Bündnisarbeit

ECCJ

Der Verein ist Mitglied der „European Coalition on Corporate Justice“ (ECCJ) mit Sitz in Brüssel. NeSoVe hat an der virtuellen Generalversammlung im Mai 2021 teilgenommen.



AG Rohstoffe

2016 formierte sich die Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe mit dem Ziel der Sensibilisierung für soziale und ökologische Wirkungen von Rohstoffabbau -verarbeitung, und -nutzung und bei Wirtschaft und Politik für die Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien in der Rohstoffpolitik zu lobbyieren. Die AG wurde durch NeSoVe, DKA – Hilfswerk der katholischen Jungschar, Südwind, Finance & Trade Watch und Global 2000 gegründet und ist seither um das Jane Goodall Institut – Austria, weltumspannend arbeiten und RepaNet gewachsen. Sie wird von der ÖFSE wissenschaftlich begleitet. Im Jahr 2021 stand das von der ADA geförderte Projekt „#Rohstoffwende“ im Fokus.

Treaty Allianz

2014 wurde auf UN-Ebene der Prozess für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („TNC Treaty“) angestoßen. Die internationale Treaty Alliance umfasst mittlerweile über 1100 Organisationen und Bewegungen weltweit. Ende 2016 schloßen sich auch in Österreich zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Arbeitnehmer:innenvertretungen zusammen um für das Treaty zu lobbyieren, die Anzahl ist seither auf 15 angewachsen. Der Prozess ist einer der Schwerpunkte des NeSoVe, das Netzwerk bringt sich daher koordinierend in der Arbeitsgruppe in Österreich ein. NeSoVe war auch 2021 wieder in Genf bei den Verhandlungen anwesend und traf die ständige Vertretung Österreichs. Im Vorfeld der Verhandlungen führten wir Gespräche mit Vertreter:innen des Außenministeriums.



Kampagne: Menschenrechte brauchen Gesetze!

Auch im Jahr 2021 führten wir unsere Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“ fort. Die Kampagne wird von der Treaty Allianz getragen und durch das NeSoVe koordiniert. Zudem unterstützen zahlreiche Organisationen, Politiker:innen, Wissenschaftler:innen und weitere Expert:innen die Kampagne. Im Rahmen der Kampagne fordern wir ein Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie Unterstützung für das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Unsere Forderungen präsentierten wir nicht nur auf zahlreichen Veranstaltungen, sondern auch im Zuge von Medienaktionen. Weiters verfassten wir mehrere Presseaussendungen sowie Artikel. Darüber hinaus hatten wir auch bei Terminen mit Minister:innen die Möglichkeit unsere Forderungspunkte darzulegen und verwiesen zugleich darauf, wie dringend der Handlungsbedarf ist.



© Vincent Sufiyan

Anlässlich des Welttags für soziale Gerechtigkeit projizierten wir unsere Forderung „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ an die Fassade des Justizministeriums und starteten unsere Petition, die die Regierung zum Handeln auffordert. Bei unseren Gesprächen mit Umweltministerin Leonore Gewessler, Justizministerin Alma Zadić und Sozialminister Wolfgang Mückstein thematisierten wir, dass ein Lieferkettengesetz wesentliche Elemente braucht, um Menschenrechte und die Umwelt effektiv zu schützen. Hierzu zählen menschenrechtliche sowie umweltbezogene Sorgfaltspflichten und die zivilrechtliche Haftung. Zudem muss sichergestellt werden, dass es die gesamte Lieferkette berücksichtigt und für alle Sektoren gilt. Die Nationalratsabgeordneten Julia Herr und Petra Bayr brachten einen Entschließungsantrag für ein nationales Lieferkettengesetz im Parlament ein. Ebenso hat sich im Frühjahr 2021 der Wiener Landtag für ein nationales Lieferkettengesetz ausgesprochen.

Aus einer Umfrage ging hervor, dass sich 80% der Bürger:innen in Österreich für strenge Gesetze aussprechen, die Unternehmen für Menschenrechts- und Umweltverstöße im Rahmen ihrer Lieferkette haftbar machen.

Im Zuge einer Aktion vor einer ZARA-Filiale auf der Mariahilfer Straße erinnerten wir an den Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza, der sich 2021 zum achten Mal jährte. Inditex, der Mutterkonzern von ZARA, ließ in der Textilfabrik produzieren. Der Gebäudeeinsturz, bei dem über 1.100 Menschen ums Leben kamen, gilt als die schwerste Katastrophe der Textilindustrie. Mit einer aufgebauten Mauer, auf der "Nie wieder Rana Plaza! – Menschenrechte brauchen Gesetze!" stand, machten wir auf den Jahrestag der Katastrophe aufmerksam.



© Jonas Holl

Weiters stellten wir die Kampagne bei 16 Veranstaltungen vor, coronabedingt fand die Hälfte der Veranstaltungen online statt. Darüber hinaus wurde die Kampagne auch in zahlreichen Artikeln sowie in Radiosendungen aufgegriffen.

Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen der Wiener Theaterproduktion „Kinderfressen leicht gemacht“ und der Theaterarbeiterin Tina Leisch organisierten wir, anlässlich des Welttags gegen Kinderarbeit, eine Aktion. Die Kinder und Jugendlichen gingen am Platz der Menschenrechte ausbeuterischer Kinderarbeit auf den Grund und interviewten Expert:innen.



© Vincent Sufiyan

Von 25. bis 29. Oktober 2021 fand die 7. Verhandlungsrunde zum UN-Treaty statt. Als Treaty Allianz beteiligten wir uns sowohl vor Ort als auch online aktiv mit mehreren Stellungnahmen an den Diskussionen. Das Abkommen wäre ein globales Lieferkettengesetz und soll sicherstellen, dass Unternehmen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. So soll es Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen u.a. den Zugang zu Rechtsmitteln erleichtern. Wenige Wochen vor den Verhandlungen zum UN-Treaty hat der Menschenrechtsrat das Recht auf eine gesunde, saubere und nachhaltige Umwelt anerkannt. Der Bericht der NGO Global Witness, der 2021 präsentiert wurde, unterstreicht ebenfalls den dringenden Handlungsbedarf: 2020 wurden 227 Menschen ermordet, weil sie sich für die Umwelt einsetzten. Somit wurden im Jahr 2020 so viele Umwelt- und Landrechtsaktivist:innen getötet, wie noch nie zuvor.



© Christopher Glanzl

Auch zum Tag der Menschenrechte verwiesen wir im Rahmen einer Aktion u.a. gemeinsam mit Südwind darauf, dass der Schutz der Menschenrechte und Regenwaldschutz Hand in Hand gehen müssen. Bei der Aktion vor dem Umweltministerium stellten wir symbolisch eine Lieferkette vom Regenwald bis zum Supermarkt dar. Nachdem im Jahr 2021 der Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz mehrfach verschoben wurde, projizierten wir anlässlich des Welttags der Solidarität den Schriftzug "Lieferkettengesetz jetzt" auf die Fassade des Bundeskanzleramts. Darüber hinaus veranstalteten wir zum Tag der Solidarität eine Online-Diskussion zum Lieferkettengesetz, die von Nunu Kaller moderiert wurde. Bei der Veranstaltung diskutierten Werner Raza (ÖFSE), Julia Herr (Nationalratsabgeordnete), Ingrid Pintaritsch (DKA) und Tina Rosenberger (NeSoVe).



© Christopher Glanzl

Projekte

Projekt „Die Auswirkungen der Covid-19- Pandemie auf Arbeitsverhältnisse in globalen Lieferketten“

Im Rahmen des Projekts „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Arbeitsverhältnisse in globalen Lieferketten“ wurden eine Recherche sowie Interviews durchgeführt, die dazu dienten die Folgen der Pandemie zu analysieren. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie und die damit einhergehenden Folgen stellten unsere Welt auf den Kopf. Weltweit hatte die Krise verheerende Konsequenzen für Arbeiter:innen, insbesondere für jene, die bereits vor der Krise stark von Ausbeutung betroffen waren. Die Pandemie verschärfte die bereits bestehenden Missstände eklatant.

Als im Frühjahr 2020 Lockdowns verordnet wurden und die Nachfrage im Textilsektor daher deutlich zurückging, stornierten zahlreiche Modemarken ihre Bestellungen bei ihren Zulieferbetrieben im Globalen Süden oder weigerten sich für bereits produzierte Waren zu zahlen. In weiterer Folge verloren tausende Arbeiter:innen ihren Arbeitsplatz. Die Massenkündigungen in der Bekleidungsindustrie im Zuge der Pandemie stürzten tausende Arbeiter:innen und ihre Familien in Hunger, Armut und Schulden. Weder im Bergbau, noch auf den Plantagen oder in den Fabriken wurden Arbeiter:innen ausreichend vor einer Infektion mit Covid-19 geschützt. Die Pandemie verdeutlichte vor allem wie wichtig der Zugang zum Gesundheitssystem sowie bezahlter Krankenstand sind, damit Menschen nicht krank arbeiten gehen. Weiters zeigte die Pandemie, dass freiwillige Standards wie die UNGPs und die OECD-Standards nicht ausreichen, um Arbeiter:innen vor den Auswirkungen zu schützen bzw., dass sich Unternehmen nicht an diesen orientierten. Es braucht daher verbindliche Regeln für Unternehmen, die sicherstellen, dass Arbeiter:innen entlang von globalen Lieferketten geschützt werden. Die Ergebnisse der Analyse werden in einer Publikation zusammengefasst. Das Projekt wird vom Sozialministerium gefördert.

Projekt „#Rohstoffwende“

NeSoVe beteiligte sich am von der ADA geförderten Projekt „#Rohstoffwende“ der AG Rohstoffe. Im Rahmen des Projekts wurde u.a. eine Aktion durchgeführt. Kurz vor „Black Friday“ wies die AG Rohstoffe mit einer Aktion vor dem Amazon-Zentrum in Liesing auf die Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes hin und forderte faire Arbeitsbedingungen im Bergbau und der Elektronikindustrie. Die Aktion wurde von verschiedenen Medien aufgegriffen.

Auswahl an öffentlichen Veranstaltungen und Lobbygesprächen

- 13. April: Vortrag im Rahmen der Online-Reihe „Pause mit Sinn“
- 7. Mai: Teilnahme am Online-Symposium „Arbeit und Menschenrechte: Lieferkettengesetz für faires Wirtschaften“
- 19. Mai: Teilnahme am Global Inequality Talk „Globale Lieferkettenungleichheit“
- 26. Mai: Workshop am Klimacamp
- 18. Juni: Austauschtreffen mit Umweltministerin Leonore Gewessler
- 6. Juli: Austausch mit Justizministerin Alma Zadić
- 7. August: Workshop auf der Johanna Dohnal Enquete
- 19. September: Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Lieferkettengesetz am Südwind Straßenfest
- 7. Oktober: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Wer Gewinnt? – Faire Spielregeln für den Welthandel“ in Gallneukirchen
- 15. Oktober: Austausch mit Ulrike Butschek, BMEIA, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz
- 18. Oktober: Austauschtreffen mit NR-Abgeordneter Henrike Brandstötter
- 25.-27. Oktober: Teilnahme an UN-Verhandlungen zum Treaty (7. Arbeitsgruppensitzung) in Genf inkl. schriftlicher und mündlicher Stellungnahmen
- 29. Oktober: Austausch mit dem Ständigen Vertreter Österreichs in Genf Yannis Fotakis
- 30. Oktober: Vortrag auf der WeFair in Linz
- 4. November: Austauschtreffen mit Sozialminister Wolfgang Mückstein
- 20. Dezember: Online-Diskussion zum Lieferkettengesetz



© BMK / Cajetan Perwein

Medienberichte

- > 22. Februar – Mosaik Blog: Konzernverbrechen weltweit bestrafen: Warum wir ein Lieferkettengesetz brauchen – <https://mosaik-blog.at/lieferkettengesetz-menschenrechte-brauchen-gesetze/>
- > 4. März – Arbeit&Wirtschaft Magazin: Lieferkettengesetz: Grausamkeiten outsourcen – <https://www.arbeit-wirtschaft.at/lieferkettengesetz-grausamkeiten-outsourcen/>
- > 6. April – Arbeit&Wirtschaft Magazin: Lieferkettengesetz: Moral als Kostenfrage – <https://www.arbeit-wirtschaft.at/lieferkettengesetz-moral-kostenfrage/>
- > 7. April – Wiener Zeitung: Menschenrechte kennen keine Grenzen – <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2099304-Menschenrechte-kennen-keine-Grenzen.html>
- > 19. April – Ö1: Konzernverantwortung: <https://oe1.orf.at/programm/20210419/635432/Konzernverantwortung>
- > 22. April – KSÖ-Blog: Menschenrechte brauchen Gesetze! – <https://blog.ksoe.at/menschenrechte-brauchen-gesetze/>
- > 23. April – ORF: Lieferkettengesetz schützt Menschenrechte – <https://religion.orf.at/stories/3206155/>
- > 4. Mai – KirchenZeitung: Das große Problem mit den Lieferketten – <https://www.kirchenzeitung.at/site/themen/gesellschaftsoziales/das-grosse-problem-mit-den-lieferketten>
- > 27. Mai – Konsument: Lieferketten: ethischere Produktion – Gesetz für Menschenrechte und Umwelt – <https://konsument.at/lieferketten-062021>
- > 9. Juni – Ö1: Verantwortung ist gut, Gesetze sind besser – <https://oe1.orf.at/programm/20210609/641122/Verantwortung-ist-gut-Gesetze-sind-besser>
- > 5. Juli – Arbeit&Wirtschaft Magazin: Lieferketten: Neue Regeln für die Globalisierung – <https://www.arbeit-wirtschaft.at/neue-regeln-fuer-die-globalisierung/>
- > 1. September – Südwind Magazin: Lieferkettengesetz jetzt! – <https://www.suedwind-magazin.at/lieferkettengesetz-jetzt/>
- > 25. November – Die Presse: Worauf bei der Rabattschlacht am Black Friday zu achten ist – <https://www.diepresse.com/6065989/worauf-bei-der-rabattschlacht-am-black-friday-zu-achten-ist>
- > 26. November – Kronen Zeitung: Black Friday zwingt H&M-Shop in die Knie – <https://www.krone.at/2565525>
- > 26. November – Kurier: Proteste am Schnäppchen-Tag – Blockaden und Streiks bei Amazon – <https://kurier.at/wirtschaft/proteste-am-schnaepchen-tag-blockaden-und-streiks-bei-amazon/401819875>
- > 26. November – Wiener Zeitung: – Breite Front gegen Versandriesen Amazon – <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/2129074-Breite-Front-gegen-Versandriesen-Amazon.html>
- > 10. Dezember – ORF: Hilfsorganisationen mit Appell am Tag der Menschenrechte – <https://orf.at/stories/3239700/>
- > Dezember – AK für Sie: Faire Schokolade – https://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/akfuersie/AK_FUER_SIE_1221-0122.pdf
- > Dezember – Die Alternative: Lieferkettengesetz jetzt! – https://blog.diealternative.org/wp-content/uploads/2021/12/ALternative_04_web.pdf

Ausblick 2022

Im nächsten Jahr wird das EU-Lieferkettengesetz im Fokus unserer Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ stehen. In diesem Kontext wird es von Bedeutung sein, welche konkreten Inhalte der Entwurf der EU-Kommission beinhalten wird und wie diese zu bewerten sind. Besonders wichtig ist die zivilrechtliche Haftung. Weiters muss ein EU-Lieferkettengesetz sicherstellen, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden unterstützt werden. Gemeinsam mit unserem Dachverband ECCJ sowie zahlreichen NGOs und Gewerkschaften aus ganz Europa werden wir uns für ein EU-Lieferkettengesetz einsetzen, das Menschenrechte, die Umwelt und das Klima effektiv schützt!

Darüber hinaus werden wir auch im nächsten Jahr darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt Hand in Hand gehen. So hat der letzte Bericht der NGO Global Witness aufgezeigt, dass im Jahr 2020 227 Menschen ermordet wurden, weil sie sich für die Umwelt einsetzten. Politische Entscheidungsträger:innen dürfen nicht länger zuschauen, wie pro Woche vier Umweltschützer:innen ermordet werden! Eine Vielzahl der Fälle ist mit dem Bergbau, der Abholzung von Wäldern und der Agrarindustrie verwoben. Verbindliche Regeln für Unternehmen müssen auch umfassende Maßnahmen zum Schutz von Umwelt- und Landrechtsaktivist:innen beinhalten!

In einem vom Sozialministerium geförderten Projekt werden wir uns darüber hinaus nachhaltigen Lieferketten für erneuerbare Energien widmen. Im Zuge des Projekts werden Lieferketten von Wasserkraftwerken, Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen sowie E-Autos untersucht.

